



Regierung der Oberpfalz



Umwelterklärung 2002

1 Vorwort

Umweltschutz hat in Bayern seit 1984 Verfassungsrang und zählt somit zu den vorrangigen Aufgaben von Staat, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts. Die öffentliche Hand hat damit einen Auftrag nach innen und nach außen zu erfüllen. Gerade die Behörden sind aufgefordert, bei ihren Verwaltungstätigkeiten, Beschaffungs- und Baumaßnahmen die Möglichkeiten zur Verringerung von Umweltbelastungen auszuloten und auszuschöpfen.

Die Verordnung (EG) Nr. 761/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2001 über die freiwillige Beteiligung von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und für die Umweltbetriebsprüfung (EMAS) setzt europaweit anerkannte Maßstäbe für ein systematisches, alle wesentlichen Umweltbereiche umfassendes Umweltmanagement. Hierzu sind unter anderem regelmäßige Betriebsprüfungen unter Umweltgesichtspunkten durchzuführen, ein Umweltprogramm zu erstellen und organisatorische Voraussetzungen zur kontinuierlichen und dauerhaften Verbesserung der Umweltsituation zu schaffen. Die Regierung der Oberpfalz hat sich im Juli 2001 entschlossen, eine Umweltprü-

fung in Anlehnung an EMAS durchzuführen. Vorrangiges Ziel war dabei die Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes und die Stärkung des Umweltbewusstseins ihrer Mitarbeiter. Gleichzeitig wollte die Regierung der Oberpfalz als die regionale Nachhaltigkeitsbehörde bei der Umsetzung des Umweltpakts II, den die bayerische Staatsregierung am 23. Oktober 2000 mit der bayerischen Wirtschaft geschlossen hat, mit gutem Beispiel vorangehen. Umweltbewusstes Handeln im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung und der Verringerung von Umweltbelastungen sollen nicht nur von der Wirtschaft und den Bürgerinnen und Bürgern gefordert werden, die Behörden sollen es selbst praktizieren.

In der vorliegenden Umwelterklärung sind die Ergebnisse der Umweltprüfung an der Regierung der Oberpfalz dargestellt. Damit wollen wir interessierten Kreisen einen Einblick in den von uns praktizierten verwaltungsinternen Umweltschutz sowie die geplanten weiteren Verbesserungen ermöglichen. Wir wünschen uns, dass möglichst viele Behörden und Betriebe unserem Beispiel folgen und über ein Öko-Audit den Umweltschutz kontinuierlich und nachhaltig verbessern.



Dr. Wilhelm Weidinger
Regierungspräsident



Johann Peißl
Regierungsvizepräsident

2 Umweltkennzahlen 2001 im Überblick

Rahmendaten ¹⁾

Mitarbeiter (Regierung) insgesamt	523
Davon am Kernsitz in Regensburg (=Standort)	417,5
Personal am Standort insgesamt	465,5 ²⁾
Nutzfläche (m ²)	16646

Kennzahlen ³⁾

Bezeichnung	absolut	relativ
Elektroenergieverbrauch	539 375 kWh	1159 kWh / Mitarbeiter bzw. 32,4 kWh / m ² Nutzfläche
Heizenergieverbrauch	2 987 091 kWh	179 kWh / m ² Nutzfläche
davon Erdgas	2 604 250 kWh	
Heizöl EL	382 841 kWh	
Stadtwasserverbrauch	4520 m ³	39 l / (Mitarbeiter und Tag) ⁴⁾
Papierverbrauch gesamt	4 576 572 Stück	10 962 Stück / Mitarbeiter
davon Kopierpapier	3 494 162 Stück	
Formulare	918 118 Stück	
Abfall gesamt ⁵⁾	98 t	211 kg / Mitarbeiter
davon Papier	65 t	140 kg / Mitarbeiter
Restmüll	18 t	38 kg / Mitarbeiter
Problem- und Sonderabfälle	12 t	26 kg / Mitarbeiter
Geschäftsverkehr	769 709 km	1844 km / Mitarbeiter
davon Bahn (für 2002)	162 668 km	
Pkw	606 406 km	
Fahrrad	635 km	
CO ₂ - Emissionen		
aus Energieerzeugung, Strom	1020 to	2191 kg / Mitarbeiter
Dienstreiseverkehr	122 to	292 kg / Mitarbeiter

-
- 1) Teilzeitbeschäftigte werden mit dem Faktor 0.5 gerechnet
 - 2) Die Gebäude am Standort werden außer von der Regierung vom Bezirk Oberpfalz, dem Polizeipräsidium Niederbayern/Oberpfalz, dem Bibliotheksverband Niederbayern/Oberpfalz, der Staatlichen Landesfachstelle für das öffentliche Bibliothekswesen und zeitweise von der Stadt Regensburg genutzt
 - 3) Sofern nicht anders aufgeführt, sind alle Kennzahlen bezogen auf 1 Jahr
 - 4) Bei der Umrechnung wird von 250 Arbeitstagen pro Jahr ausgegangen
 - 5) Gewichtsangaben zu Abfällen wurden berechnet aus den gesammelten Abfallvolumina und deren effektiver Dichte

3 Standort, Tätigkeiten und Aufgaben

3.1 Standort

Der Kernsitz der Regierung der Oberpfalz befindet sich in Regensburg mit den Gebäuden Emmeramsplatz 8 und 9, Auer-gasse 10, Marschallstraße 1 bis 5, Ägi-diengang 2, Ägidienplatz 1 und 2, Ölberg 4

bayern / Oberpfalz, dem Bibliotheksver-band Niederbayern / Oberpfalz, der Staat-lichen Landesfachstelle für das öffentliche Bibliothekswesen und der Stadt Regens-burg genutzt.



und 6. Die größtenteils historischen Ge-bäude wurden in der Zeit von 1500 bis 1970 erbaut und wurden 1810 erstmals von der Regierung der Oberpfalz benutzt.

Ausgelagerte Dienststellen befinden sich außer in Regensburg in Lappersdorf, Flossenbürg, Weiden i. d. OPf. und Grafenwöhr. Die Gebäude am Emmeramsplatz einschließlich Marschallstraße, Ägi-diengang, Ägidienplatz und Ölberg werden nur zu etwa 90 % von der Regierung selbst benutzt, der Rest wird vom Bezirk Oberpfalz, dem Polizeipräsidium Nieder-

Die Verordnung (EG) Nr. 761/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2001 über die freiwillige Beteiligung von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und für die Umweltbetriebsprüfung (EMAS) benennt als kleinste in die Umweltbetriebsprüfung einzubeziehende Einheit den Standort einer Organisation. Die vorliegende Umwelterklärung umfasst daher die zentralen Gebäude der Regierung der Oberpfalz am Emmeramsplatz, in der Auer-gasse, in der Marschallstraße, im Ägidiengang, am Ägidienplatz und am

Ölberg. Da diese Gebäude eine gemeinsame Energie- und Wasserversorgung besitzen, ist eine gesonderte Erfassung der diesbezüglich auf die Regierung entfallenden Zahlen und Verbräuche nicht möglich. Es ist jedoch sinnvoll, diese Bereiche insgesamt in die Umweltprüfung einzubeziehen, da sich Änderungen in der Energie- und Wasserversorgung auch auf diese auswirken.

3.2 Tätigkeiten und Aufgaben

Die Regierung der Oberpfalz erfüllt Aufgaben aus den Geschäftsbereichen von acht Ministerien. Sie ist diesen direkt unterstellt und führt ihrerseits die Aufsicht über eine Vielzahl von Kreisverwaltungsbehörden, Fachbehörden und Gebietskörperschaften der Oberpfalz.



Der Große Sitzungssaal

Die wichtigsten Funktionen der Regierung sind: Koordinierung und Bündelung, Aufsicht und Rechtsschutz.

- Koordinierung und Bündelung

Es lässt sich nicht immer vermeiden, dass die verschiedenen Behörden der staatli-

chen und kommunalen Verwaltung unterschiedliche Auffassung haben, weil die fachlichen Anliegen, die sie möglichst gut vertreten wollen, oft nur schwer in Einklang zu bringen sind. Hier ist es Aufgabe der Regierung, die Interessen abzuwägen, "unter einen Hut zu bringen" und zu einer möglichst schnellen, aber auch fundierten Entscheidung zu kommen. Um dieser Aufgabe fachlich gerecht werden zu können, kann die Regierung auf Fachleute aus 27 verschiedenen akademischen Fachrichtungen zurückgreifen.

- Aufsicht:

Mit den Mitteln der Aufsicht, d.h. der allgemeinen Behördenaufsicht über die 33 staatlichen Behörden und der Rechts- und Fachaufsicht über die 7 Landkreise, die drei kreisfreien Städte und teilweise auch über die zwei Großen Kreisstädte muss die Regierung sicherstellen, dass alle Behörden möglichst gleichmäßig nach Recht und Gesetz entscheiden und dass vor allem bei Anliegen, die in ihren Auswirkungen über den Landkreis oder die Stadt hinausgehen, auch die überörtlichen Interessen berücksichtigt werden. Gegenüber den Staatsbehörden und im Rahmen der Fachaufsicht muss die Regierung nicht nur auf eine rechtmäßige, sondern auch auf eine zweckmäßige, effektive, wirtschaftliche und vom Bürger akzeptierte Verwaltung achten.

- Rechtsschutz:

Die Verwaltungsgerichtsordnung schreibt vor, dass - abgesehen von besonders geregelten Ausnahmefällen - vor Erhebung einer Klage zum Verwaltungsgericht die Recht- und Zweckmäßigkeit einer Ver-

waltungsentscheidung von der nächsthöheren Behörde überprüft wird. Diese Aufgabe kommt für Entscheidungen der Landratsämter und der kreisfreien Städte (teilweise auch der Großen Kreisstädte) der Regierung zu.

Neben der Erfüllung dieser zentralen Funktionen der Regierung als Mittelbehörde im Staatsaufbau trifft die Regierung der Oberpfalz eine Vielzahl von Einzelentscheidungen erster Instanz, die vom Gesetzgeber der Regierung zugewiesen wurden, weil sie von besonderer Bedeutung sind und in ihren Auswirkungen über einen Landkreis oder eine Stadt hinausgehen, sie an der Regierung zusammengefasst von qualifiziertem Personal rationeller erledigt werden können, oder eine zentrale Erledigung im Regierungsbezirk schon für die Betroffenen, insbesondere Verbände und Firmen, zweckmäßiger ist.

Die Regierung der Oberpfalz erteilt zum Beispiel für das gesamte Bundesgebiet die Güterverkehrstransitgenehmigungen für Fahrten in die südosteuropäischen Länder. Sie berechnet den Wert der seit altersher bestehenden Reichnisse - insbesondere der noch nach alten Maßstäben bestimmten Getreidereichnisse - der Pfarrer, Mesner und Organisten, führt die Fahrschulüberwachung für ganz Bayern durch, ist für ganz Bayern zuständig für den Amts- und Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland, führt Schulungs- und Informationsveranstaltungen zur besseren Eingliederung Schwerbehinderter durch, entscheidet als Hauptfürsorgestelle über Anträge der Arbeitgeber auf Zustimmung zur Kündigung von Arbeitsverhältnissen Schwerbehinderter, betreibt 39 staatliche Unterkunftseinrichtungen für Asylbewerber

sowie 12 Unterkünfte für Spätaussiedler. Zusammen mit den Wasserwirtschaftsämtern betreut die Regierung für den Bezirk Oberpfalz 759 km Gewässer zweiter Ordnung.



Die neue Pforte der Regierung der Oberpfalz

4 Die Umweltleitlinien der Regierung der Oberpfalz

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist nach Artikel 141 der Bayerischen Verfassung der besonderen Fürsorge jedes einzelnen und der staatlichen Gemeinschaft anvertraut. Zu den vorrangigen Aufgaben gerade der öffentlichen Verwaltung gehört es daher, Boden, Wasser und Luft als natürliche Lebensgrundlagen zu schützen, auf möglichst sparsamen Umgang mit allen natürlichen Ressourcen zu achten sowie die Leistungsfähigkeit des

Naturhaushalts zu erhalten. Daraus ergeben sich für die Regierung der Oberpfalz nicht nur Verpflichtungen für das Wirken nach außen, sondern auch für den eigenen internen Verwaltungsbetrieb. Wir sehen uns verpflichtet, diesen am Leitbild einer nachhaltigen, umweltgerechten Entwicklung zu orientieren. Dabei soll ökologischen, ökonomischen und sozialen Belangen gleichermaßen Rechnung getragen werden.

Unser Bestreben ist es, Umweltbelastungen über die gesetzlichen Anforderungen hinaus zu vermeiden oder auf ein Minimum zu reduzieren. Um dieses Ziel zu erreichen, setzen wir uns folgende Umwelleitlinien:

- I. Die Regierung der Oberpfalz verpflichtet sich zur Einhaltung aller relevanten Umweltgesetze und Vorschriften.
- II. Wir verfolgen in unserer Behörde das Ziel einer kontinuierlichen Verbesserung des Umweltschutzes über die gesetzlichen Anforderungen hinaus. Dazu ermitteln und bewerten wir regelmäßig, welche Umweltauswirkungen von unseren Dienststellen ausgehen und leiten hieraus ein betriebliches Umweltprogramm mit konkreten Zielen und Maßnahmen ab. Es werden besondere Vorkehrungen getroffen, um etwaige unfallbedingte Auswirkungen auf Mensch und

Umwelt so gering wie möglich zu halten.

- III. Umweltbewusstes und vorbildliches Handeln gehört zu den Aufgaben jedes einzelnen Beschäftigten. Regelmäßige Aufklärung und Information sollen das Verantwortungsbewusstsein für die Umwelt fördern und für ein umweltbewusstes Handeln am Arbeitsplatz sensibilisieren. Verbesserungsvorschläge werden unterstützt.
- IV. Externe Vertragspartner werden in unsere Bemühungen um eine umweltfreundliche Verwaltung mit eingebunden. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zur Beschaffung von Arbeitsmitteln, Gütern, Dienstleistungen sowie Bauleistungen fordern wir die Einhaltung von Umweltstandards nach Maßgabe der Umweltrichtlinien Öffentliches Auftragswesen.
- V. Der Öffentlichkeit werden umweltbezogene Informationen über das betriebliche Umweltverhalten der Regierung der Oberpfalz im Rahmen einer Umwelterklärung zur Verfügung gestellt. Unseren Partnern leisten wir Hilfestellung in Fragen der umweltorientierten Betriebsführung in ihrer Organisation.

5 Auswirkungen der Regierung der Oberpfalz auf die Umwelt

5.1 Umweltbilanz – Übersicht über die wichtigsten Kenndaten

	Kontenbezeichnung	Input 2001	Output 2001	Bestand 31.12.01	Dim.
1	Liegenschaften				
1.1	Grundstück(sflächen)			18510	m ²
1.1.1	Grundfläche Gebäude			9600	m ²
1.1.1.1	Nutzfläche Gebäude			16646	m ²
1.1.1.1.1	Hauptnutzfläche			14357	m ²
1.1.1.1.2	Nebennutzfläche			2289	m ²
1.1.1.1.3	Verkehrsfläche			5685	m ²
1.1.1.2	Bruttogeschoßfläche			33145	m ²
1.1.1.3	Bruttorauminhalt			137307	m ³
1.1.2	sonstige versiegelte (nicht durchlässige) Wirtschaftsfläche			4650	m ²
1.1.3	Frei- und Grünflächen (nicht versiegelte Flächen)			4260	m ²
2	Umweltrelevante Anlagegüter				
2.1	Fuhrpark und Geräte mit Verbrennungsmotor	4	4	10	Stück
2.1.1	PKW	4	4	8	Stück
2.1.2	Kleingeräte mit Verbrennungsmotor			2	Stück
2.2	Haustechnik				
2.2.1	Heizungsanlagen			2	Stück
2.2.1.1	brennstoffbetriebene Heizungsanlagen			2	Stück
2.2.1.1.1	Baujahr vor 1988			0	Stück
2.2.1.1.2	Baujahr nach 1988			2	Stück
2.2.1.2	mit regenerat. Energien betrieben			0	Stück
2.2.2	Sanitäranlagen (Duschen, Toiletten, Waschtische)			93	Stück
2.2.2.1	mit Wasserspararmaturen			41	Stück
2.2.2.2	ohne Wasserspararmaturen			52	Stück
2.2.3	Klima- / Lüftungsanlagen für Raumklima			1	Stück
2.2.4	Lüftungs- / Absauganlagen in technischen Bereichen (Werkstatt, Labor, EDV, etc.)			2	Stück
2.2.5	Hebeanlagen (Aufzüge, Hebebühnen, Kräne)			6	Stück
2.2.6	sonstige Haustechnik (z.B. Toilettenabsaugung, Handrockengeräte, Vakuumanlage, Druckluftezueugung, Hochdruckreiniger)			3	Stück
2.3	Elektrische Verbraucher				
2.3.1	mit maximalem Anschlusswert von größer 1,0 kW			16	Stück
2.3.1.1	AW größer 1,0 kW und Ø Betriebsdauer < 4 h täglich			8	Stück
2.3.1.2	AW größer 1,0 kW und Ø Betriebsdauer > 4 bis 9 h täglich			4	Stück
2.3.1.3	AW größer 1,0 kW und Ø Betriebsdauer > 9 h täglich			4	Stück
2.3.2	mit maximalem Anschlusswert unter 1,0 kW			nicht erfasst	Stück
2.4	Feuerlöscher			100	Stück
2.4.1	ABC-Löschpulver			68	Stück
2.4.2	CO2-Löschler			2	Stück
2.4.3	Wasserslöscher			30	Stück
3	Umlaufgüter				
3.1	Bürobedarf				
3.1.1	Papiere	4576572	Nicht erfasst	Nicht erfasst	Stück
3.1.1.1	Kopierpapier	3494162			Stück
3.1.1.2	Spezialpapier	14000			Stück
3.1.1.3	Formulare	918118			
3.1.1.4	Versandmaterial	150292			Stück
3.1.2	Ordnungsmittel	51803	Nicht erfasst	Nicht erfasst	Stück
3.1.2.1	Ordner	9365			Stück
3.1.3	Tonerkartuschen (interner Ankauf)	61	Nicht erfasst	Nicht erfasst	Stück
3.1.4	Tintenpatronen für Drucker	307	Nicht erfasst	Nicht erfasst	Stück

3.1.5	Folien	9200	Nicht erfasst	Nicht erfasst	Stück
3.2	Hilfs- / Betriebsstoffe				
3.2.1	Reinigungsmittel (interner Ankauf)	120	120		kg
3.2.2	Materialien für Fuhrpark und Geräte				
3.2.2.1	Reifen	12	12	40	Stück
3.2.2.2	Schmierstoffe (interner Ankauf)	16	16		kg
3.2.2.2.1	Schmierstoffe mit "Blauem Engel"	0	0		kg
3.2.2.2.2	Schmierstoffe ohne "Blauen Engel"	16	16		kg
3.2.3	Bau- und Verbrauchsmaterialien	0			kg
3.2.4	Batterien/Akkumulatoren	9	Nicht erfasst	Nicht erfasst	kg
3.2.4.1	wiederaufladbar	1			kg
3.2.4.2	nicht wiederaufladbar	8			kg
3.2.5	Kfz-Batterien/-Akkus	2	2		Stück
3.2.6	Treibstoffe				
3.2.6.1	Benzin bleifrei	6730	6730		l
3.2.6.2	Super bleifrei	13063	13063		l
3.2.6.3	Diesel	7910	7910		l
4	Wasserversorgung				
4.1	Trinkwasser und Brauchwasser	4520			cbm
4.2	Oberflächenwasser	11900			cbm
5	Energie				
5.1.1	Erdgas	2604250	2604250		kWh
5.1.2	Heizöl	382841	382841		kWh
5.1.3	Fernwärme	0	0		kWh
5.1.4	Flüssiggas	0	0		kWh
5.1.5	Flaschengas	0	0		kWh
5.1.6	Strom	539375	539375		kWh
5.1.7	Alternative Energieträger	0	0		kWh
6	Verkehr				
6.1	Dienstreisen / Dienstfahrten			769709	km
6.1.1	ÖPNV/Bahn (für 2002)			162668	km
6.1.2	Dienstfahrzeuge			256406	km
6.1.4	Privatfahrzeuge			350000	km
6.1.5	Fahrrad			635	km
6.1.6	Flugzeug			0	km
7	Abfall				
7.1	Abfälle zur Verwertung		68702		kg
7.2	Abfälle zur Beseitigung		29784		kg
7.2.1	besonders überwachtungsbedürftig		0		kg
7.2.2	überwachtungsbedürftig		29784		kg
8	Luftemissionen				
8.1	Kohlendioxid		1142273		kg
8.2	Kohlenwasserstoffe (NMVOC)		619		kg
8.3	Stickstoffoxide (NOx)		1381		kg
8.4	Staub, Ruß, Partikel		62		kg
9	Abwasser				
9.1	aus Frischwasserverbrauch		4520		cbm
9.2	Oberflächenwasser		11900		cbm
9.2.1	davon Versickerung		2465		cbm
9.2.2	davon Ableitung		9435		cbm

5.2 Anlagegüter

5.2.1 Grundstücke und Bauten

Tabelle 1: Grundstücke und Bauten

Grundstücke und Bauten	Bestand 31.12.01 [m ²]	Anteile [%]
Grundstücksfläche	18510	100
Bebaut	9600	52
Unbebaut	8910	48
davon befestigt (versiegelt)	4650	25
davon unbefestigt, begrünt	4260	23

Die gesamte Grundstücksfläche am Kernsitz in Regensburg beträgt 18510 m². Davon sind rund 23 % unbefestigt, begrünt oder als Garten angelegt, ca. 25 % werden als Parkplatz für die Bediensteten benutzt. Zu den Gebäuden gehören neben Büro- und Besprechungsräumen auch Technikräume, in welchen die Energiezentrale, die Druckerei, Werkstätten, ein chemisches und ein Repro-Labor untergebracht sind.

Baumaßnahmen an den Liegenschaften der Regierung werden vom Staatlichen Hochbauamt Regensburg vergeben und betreut. Die Regierung selbst beauftragt lediglich Wartung und Reparaturen.

5.2.2 Gebäudeanlagen

Die Gebäudeanlagen bestimmen als Teil der Infrastruktur des Hauses weitgehend den internen Ressourcenverbrauch. Die größten einzelnen Energieverbraucher sind die Kantine, die EDV-Zentrale und die Druckerei.

Aufgrund des historischen Charakters der Gebäude sind Sanierungsmaßnahmen

nicht zuletzt wegen der Belange des Denkmalschutzes enge Grenzen gesetzt.



Der Kleine Sitzungssaal

5.2.3 Technische Anlagen und Maschinen

Der Kraftfahrzeugverkehr stellt heute einen der bedeutendsten, bodennahen, Emissionen für kritische Luftschadstoffe wie Stickstoffoxide, Kohlenmonoxid, Kohlenwasserstoffe und Feinstaub (Dieselruß), aber auch für Lärm dar. Darüber hinaus trägt der Kraftfahrzeugverkehr in erheblichem Ausmaß zum Treibhauseffekt und zur Bildung des troposphärischen Ozons

bei. Der Landschaftsverbrauch, den immer mehr Straßen zur Bewältigung des ständig zunehmenden Verkehrs fordern, ist enorm. Umweltbewusste Anschaffung und Nutzung der Kraftfahrzeuge können einen schnellen und wirksamen Beitrag zur Entlastung der Umwelt und Schonung der Ressourcen leisten.

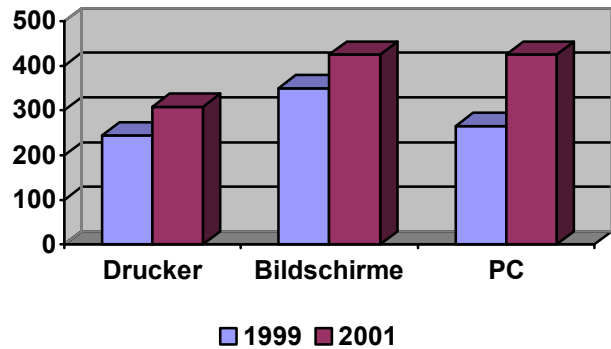
Der Fuhrpark der Regierung umfasste in 2001 sechs benzinbetriebene, mit geregeltm Dreivegekatalsator ausgestattete, Fahrzeuge und zwei Diesel-Pkw. Deren durchschnittlicher Kraftstoffverbrauch lag 2001 bei 11,0 l Benzin bzw. Diesel je 100 km. Vergleicht man diese Werte mit den nach Herstellerangaben erreichbaren Verbrauchszahlen, so ergibt sich bei der Fahrleistung des Jahres 2001 ein Mehrverbrauch von ca. 4805 l Benzin und 1507 l Diesel. Dies entspricht zusätzlichen CO₂ – Emissionen in der Höhe von 15158 kg oder zusätzlichen Kosten von ca. 6600 €.

Die DV-Anlagen stellen mittlerweile einen wesentlichen Teil der Bestände im Anlagenbereich dar und weisen erhebliche Input- und Outputbewegungen auf. In Anbetracht der dynamischen Entwicklung des DV-Sektors und der zunehmenden Ausstattung mit PC an den Arbeitsplätzen ist in naher Zukunft mit einem erhöhten Anfall ausgemusterter Geräte zu rechnen. Hierfür müssen sinnvolle Wege der Weiterverwendung oder der möglichst umweltverträglichen und kostengünstigen Entsorgung gefunden werden.

Wie untenstehende Graphik zeigt, hat sich der Bestand an DV-Anlagen alleine von 1999 bis 2001 um ca. 60 % erhöht (die Zahl der Bildschirme für 1999 beinhaltet noch 85 Terminals, die an einen Zentral-

rechner angeschlossen waren). Damit einher geht zwangsläufig ein erhöhter Energieverbrauch und auch ein erhöhter Anfall an Abfällen.

Abb. 1: DV-Anlagen; Entwicklung 1999 - 2001



Bei der Nutzung der DV-Anlagen lassen sich verschiedene ökologische und ökonomische Verbesserungspotentiale ausmachen. Der Energieverbrauch lässt sich sowohl durch verbrauchsarme DV-Anlagen selbst als auch durch Vermeidung längerer Stand-By-Betriebe beeinflussen. Ein PC-Arbeitsplatz (PC, Bildschirm, Drucker) verbraucht im Stand-By-Modus ca. 60 W elektrische Energie. Dies entspricht bei Dauerbetrieb ca. 510 kWh pro Jahr, also in etwa dem Verbrauch eines Zwei-Personen-Haushalts. Bei Druckern lassen sich durch die Verwendung von Laserdruckern im Vergleich zu Tintenstrahldruckern dauerhaft Kosten und Abfälle einsparen, da letztere zwar in der Anschaffung billiger sind, die Tintenkartuschen aber verhältnismäßig teuer sind und häufig gewechselt werden müssen. Bei Beschaffung und Nutzung von DV-Anlagen sind darüber hinaus weitere Kriterien wie Schadstoffgehalt und –emissionen (z. B. Flammschutzmittel, Ozonemissionen bei Laserdruckern oder Kopierern), Strahlungsarmut bei Bildschirmen und

Entsorgungsfreundlichkeit zu berücksichtigen.

5.2.4 Betriebs- und Geschäftsausstattung

Auch beim Einkauf der Betriebs- und Geschäftsausstattung ist auf umweltschonende Herstellung und Zusammensetzung, ressourcenschonende Gebrauchseigenschaften und umweltgerechte Entsorgbarkeit zu achten. Anhaltspunkte für diese Kriterien können „Öko-Siegel“ wie der „Blaue Engel“ oder das „Europäische Umweltzeichen“ liefern.

Die Beschaffung im Jahr 2001 stellt sich wie folgt dar:

Tabelle 2: Betriebs- und Geschäftsausstattung

Betriebs- und Geschäftsausstattung	Input 2001
Möbel	
Schränke	121
Tische, Stühle	207
Sonstige	119
Gesamt	447
Kraftfahrzeuge	4

5.3 Umlaufgüter

5.3.1 Büropapier

Im Jahre 2001 wurden insgesamt 4.576.572 Stück Papier eingekauft. Davon waren ca. 76 % aus Recyclingpapier hergestellt, wovon wiederum 80 % auf weißes, d. h. gebleichtes Recyclingpapier entfielen. Bei Kopierpapier, das auch für Arbeitsplatzdrucker verwendet wird, lag der Anteil des Recyclingpapiers bei nahezu 100 %. Der Papierverbrauch für Kopierzwecke ist erheblich: 2001 wurden

insgesamt 2.737.141 Kopien absolut bzw. 6556 Kopien je Mitarbeiter erstellt. Sowohl das graue als auch das weiße Recyclingpapier ist mit dem "Blauen Engel" ausgezeichnet. Der Schritt vom grauen zum weißen Recyclingpapier bedarf jedoch eines zusätzlichen Einsatzes von Chemikalien, nämlich eines Bleichmittels wie Chlor, Hydrosulfit oder Wasserstoffperoxid, so dass durch die Bleiche selbst und auch durch die Herstellung des Bleichmittels die Umwelt mehr belastet wird. Graues Recyclingpapier ist somit noch umweltfreundlicher als weißes und diesem aus ökologischen Gründen vorzuziehen. Unabhängig davon sollte der Papierverbrauch so weit wie möglich reduziert werden. Im Einzelnen ergaben sich für den Einkauf von Büropapier im Jahr 2001 folgende Werte:

Tabelle 3: Papierverbrauch

Büropapier	Input 2001 [Stück]
Kopierpapier	3 494 162
Spezialpapier	14 000
Umschläge	150 292
Sonstiges	918 118
<hr/>	
Gesamt	4 576 572

5.3.2 Büroartikel

Die ökologischen Anforderungen bei der Beschaffung von Büroartikeln werden bereits jetzt ständig weiterentwickelt. Bleistifte und Buntstifte sind nur aus unlackiertem Holz erhältlich. Bei Klebestiften werden nur solche beschafft, die keine Lösungsmittel enthalten. Textmarker werden überwiegend auf Trockenbasis ausgegeben. Die Organisationsmittel (Ordner, Hefter etc.), einer der zahlenmäßig größ-

ten Posten unter den Büroartikeln, bestehen überwiegend aus Recyclingpapier und nur in begründeten Ausnahmefällen aus Kunststoff. Gebrauchte Ordner werden mit neuen Rückenschildern versehen und wieder verwendet.

Tabelle 4: Büroartikel, Einkauf

Büroartikel	Input 2001 [Stück]
Schreibgeräte	4 106
Organisationsmittel	19 619
Farb- und Korrekturbänder	40
Klebstoffe	1137
Korrekturmittel	446
Disketten	705
Prospekthüllen u. ä.	25 200
Metallerzeugnisse (Locher, Hefter, Scheren u. ä.)	259
Kunststoffzeugnisse (Ablagen, Papierkörbe, Sammler)	487

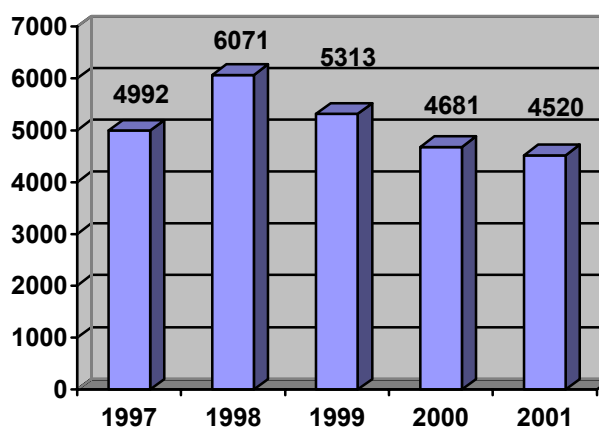
5.3.3 Betriebsstoffe

Die mengenmäßig größte Position der Betriebsstoffe entfällt auf die Reinigungsmittel für die Gebäudereinigung. Diese wird weitgehend von Fremdfirmen durchgeführt. Die Reinigungsverträge gewährleisten, dass die Regierung Einfluss nehmen kann auf die Art der Reinigungsmittel und dass sich die Reinigungsfirmen zu sparsamem Umgang mit Reinigungsmitteln und Energie verpflichten. Die genau verbrauchte Menge konnte für 2001 allerdings nicht ermittelt werden, da die Reinigungsfirmen hierzu keine Angaben machen konnten. Von hauseigenem Personal wurden bei einer Reinigungsfläche von ca. 3000 m² 120 l Reinigungsmittel verwendet.

5.4 Wasser und Abwasser

Die mit Abstand größte Wassermenge wird im Sanitärbereich (Toilettenspülung) verbraucht. Der Verbrauch an Stadtwasser ist seit 1998 leicht rückläufig (s. untenstehende Abbildung 2).

Abb. 2: Entwicklung des Stadtwasserverbrauchs von 1997 - 2001 [m³/a]



Gleichwohl schlugen die Gebühren für Wasser und Abwasser im Jahre 2001 immer noch mit 15 848 € zu Buche. Die während der letzten Jahre gestiegenen und voraussichtlich weiter steigenden Gebühren liefern neben den ökologischen auch ökonomische Argumente für eine weitere Verringerung des Stadtwasserverbrauchs. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über den Wasserhaushalt der Regierung:

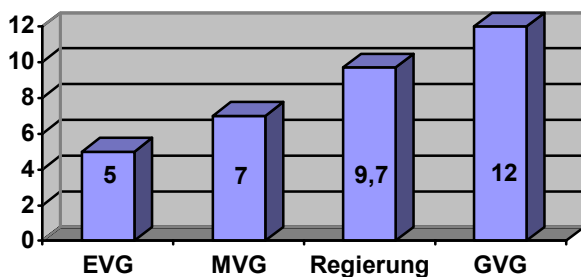
Tabelle 5: Wasser und Abwasser

Wasser/Abwasser	Input 2001 [m ³]	Output 2001 [m ³]
Stadtwasser	4520	
Regenwasser ¹⁾	11900	
Abwasser gesamt		13955
Versickerung ¹⁾		2465

1) Berechnet aus der in Regensburg gemessenen Niederschlagsmenge von 643 mm (langjähriges Mittel)

Das gesamte anfallende Dachwasser wird zusammen mit dem häuslichen Abwasser in die städtische Kanalisation abgeleitet. Aufgrund der großen Dachfläche besteht hier ein beträchtliches Einsparpotential für Abwasser. Gemessen am Pro-Kopf-Verbrauch liegt der Wasserverbrauch der Regierung im Jahr 2001 deutlich über dem eines „Mittleren Verwaltungsgebäudes“, welchem sie vom Typ her zuzuordnen wäre:

Abb. 3: Wasserverbrauch je Beschäftigter, Kenndaten [m³/Jahr]



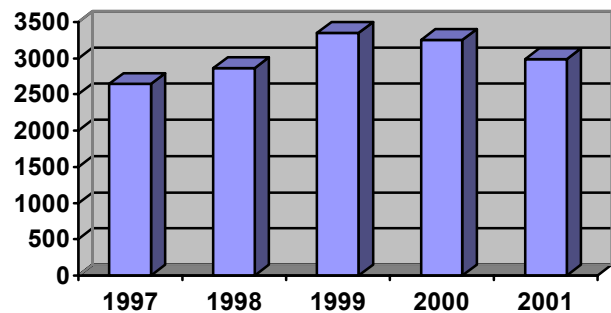
EVG = Einfaches Verwaltungsgebäude
 MVG = Mittleres Verwaltungsgebäude (mit Restauration)
 GVG = Gehobenes Verwaltungsgebäude (mit Klimatisierung)

5.5 Energie

Zur Beheizung der Regierungsgebäude werden als Energieträger Erdgas und Heizöl EL eingesetzt. Vier gasbefeuerte Grundlast-Kessel mit einer Gesamt-Feuerungswärmeleistung von 1,38 MW (Baujahr 1988, 1998, 1999 und 2000) und zwei ölbefeuerte Spitzenlastkessel mit thermischen Leistungen von 0,42 MW (Baujahr 1996) und 0,45 MW (Baujahr 2000) stehen zur Verfügung. Im Jahre 2001 wurden 87,2 % (entsprechend 2.604.250 kWh) der benötigten Energie durch Erdgas und 12,8 % (entsprechend 382.841 kWh) durch Heizöl EL gedeckt.

Der spezifische Wärmeverbrauch lag 2001 bei 21,8 kWh / m³ Bruttorauminhalt bzw. 179 kWh / m². Bei neueren Verwaltungsgebäuden liegt der mittlere Wärmeverbrauch bei 100 - 130 kWh / m². Der demgegenüber erhöhte Wert der Regierung kann zumindest zum Teil auf das Alter der Gebäude und die damit verbundene Baustruktur zurückgeführt werden. Die Entwicklung des gesamten Wärmebedarfs über die letzten fünf Jahre ist in Abb. 4 dargestellt:

Abb. 4: Entwicklung des Wärmebedarfs [MWh]



Die festgestellten Schwankungen sind im wesentlichen auf die unterschiedlichen Witterungsbedingungen in den jeweiligen Jahren zurückzuführen.

Der Stromverbrauch ist von 1997 bis 2001 von 394.880 kWh auf 539.375 kWh deutlich angestiegen. Dies ist unter anderem auf die zunehmende Ausstattung der Arbeitsplätze mit DV-Anlagen zurückzuführen. Der spezifische Verbrauch von 1159 kWh je Mitarbeiter bewegt sich im mittleren Bereich vergleichbarer Verwaltungsgebäude. Da eine separate Erfassung der einzelnen Stromverbraucher nicht erfolgt, können deren Anteile am Gesamtverbrauch nur abgeschätzt werden. Für das Jahr 2001 dürften etwa 18 % des Stromverbrauchs auf Beleuchtung, 22 %

auf DV-Anlagen und der Rest auf sonstige entfallen.

Tabelle 6: Energiehaushalt

Energieform	Input 2001 [kWh]
Wärme, Gas	2 604 250
Wärme, Heizöl EL	382 841
Strom	539 375

5.6 Abfälle

In den Büros wurden die Abfälle bis 2001 in die Fraktionen „Papier“ und „Restmüll“ getrennt und so von den Reinigungsfirmen entsorgt. Darüber hinaus stehen den Bediensteten Sammelbehälter für Batterien (i. w. Alkali-, Zink/Kohle-Batterien) und „Knopfzellen“ (quecksilberhaltige Batterien) zur Verfügung. In diese Behälter können auch Batterien aus den Privat-Haushalten entsorgt werden. In den Werkstätten oder bei der Gartenpflege anfallende Abfälle werden getrennt erfasst. Insgesamt fielen in 2001 die in nachstehender Tabelle 7 zusammengefassten Abfallmengen an:

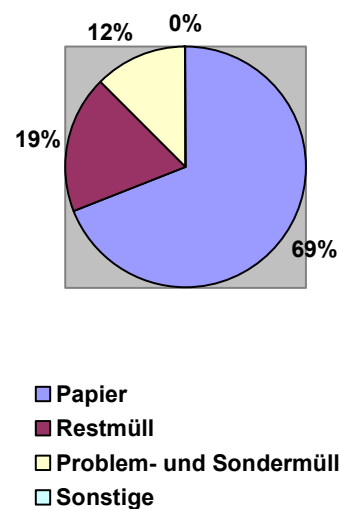
Tabelle 7: Abfälle in 2001

Abfallfraktion	Output [kg]	Output [kg/Mitarbeiter]
Hausmüllähnliche Abfälle		
Papier	65 270	140
EDV-Geräte	15 Stück	
Problem- und Sonderabfälle		
Batterien, Hg-haltig	9	0,019
Fettabscheider-Inhalte	12 000	26
Restmüll	17 784	38

Bei 465 Mitarbeitern ergibt sich eine durchschnittliche jährliche Abfallmenge von 211 kg / Mitarbeiter. Davon sind

17784 kg nicht weiter (stofflich) verwertbarer Restmüll, der im wesentlichen im Müllkraftwerk Schwandorf verbrannt wird. Im Vergleich zu den Durchschnittswerten anderer Behörden liegt die Abfallmenge für das Selbstverständnis der Regierung zu hoch. Insbesondere bei der Abfalltrennung wird Verbesserungsbedarf gesehen.

Abb. 5: Abfallfraktionen



Papier stellt mit 69 % den größten Teil des Gesamtabfalls. Der überwiegende Teil davon stammt aus der täglichen Entsorgung der Büroräume und zentralen technischen Einrichtungen, der kleinere Teil aus der Vernichtung von Akten. Glas- und Metallanteile, z. B. aus Lebensmittelverpackungen, sowie Kunststoffabfälle, z. B. aus Folienverpackungen, wurden bisher nicht separat erfasst. Vernachlässigbare Mengen an Chemikalien fallen im Labor des Sachgebiets „Wasserwirtschaft“ an und werden in der Regel als Sondermüll entsorgt. Speiseabfälle und Fettabscheiderinhalte, die überwiegend in der Kantine anfallen, bilden den größten Anteil des Problemülls.

Ausgemusterte EDV-Anlagen werden zunächst den Bediensteten zur weiteren, privaten Nutzung angeboten. Geräte, die keiner Weiterverwendung zugeführt werden können, werden einer Firma zur Entsorgung von Elektroschrott zugeführt.

5.7 Verkehr

Die durch Verkehr verursachten Emissionen machen einen wesentlichen Teil der Umweltbelastungen der Regierung aus. Eine Verringerung des Dienstreiseverkehrs ist aufgrund der Aufgabenverteilung nur bedingt möglich. Allerdings können die damit verbundenen Emissionen durch geeignete Wahl des Verkehrsmittels und Steigerung der Effizienz der Dienstreisen beeinflusst werden. Die Benutzung von Bahnen und Bussen hat bereits jetzt Vorrang, soweit akzeptable Verbindungen angeboten werden. Innerstädtische Autofahrten sollen möglichst vermieden werden.

2001 teilten sich die Dienstreisen auf die verschiedenen Verkehrsträger wie folgt auf:

Tabelle 8: Dienstreisen in 2001

Verkehrsmittel	km-Leistung
Bahn	162 668
Privat-Pkw	350 000
Dienst-Pkw	256 406
Fahrrad	635
Flugzeug	0

Die mit Bahn und Pkw abgewickelten Dienstreisen verursachten näherungsweise folgende Emissionen:

Tabelle 9: Emissionen durch den Dienstreise-Verkehr in 2001

Schadstoff	Emission [kg]
Kohlendioxid (CO ₂)	122 366
Stickstoffoxide (NO _x)	284
Partikel	7
Kohlenwasserstoffe (NMVOC)	345

Indirekt sind zu den Verkehrsemissionen der Regierung auch die Emissionen zu zählen, die durch die Bediensteten täglich bei der An- und Rückfahrt vom / zum Wohnort verursacht werden (Pendlerverkehr). Im Jahre 2001 wohnten 39,4 % der Bediensteten im Stadtgebiet, 36,9 % im Umkreis bis 20 km, 17,7 % in einer Entfernung von 20 – 50 km und 6,0 % darüber. Die durch den Kfz-Verkehr bedingten, mittleren jährlichen Schadstoffemissionen eines Pendlers, der in einer Entfernung von 50 km vom Dienort wohnt, betragen bei Kohlendioxid (CO₂) ca. 4000 kg, bei Stickstoffoxiden (NO_x) ca. 12 kg, bei Staub (Dieselruß) ca. 0.4 kg und bei Kohlenwasserstoffen (NMVOC) ca. 7 kg. Mit einer Reduzierung des Pendlerverkehrs, der vor allem bei außerhalb Regensburgs wohnenden Bediensteten zum großen Teil mit dem privaten Pkw durchgeführt wird, ließen sich also die verkehrsbedingten Emissionen deutlich verringern.

6 Das Umweltmanagement der Regierung der Oberpfalz

6.1 Der Arbeitskreis Öko-Audit

Für die Umweltprüfung, den Aufbau des Umweltmanagementsystems, die Erstel-

lung der Umwelterklärung und die Formulierung des Umweltprogramms wurde im Juli 2001 ein Arbeitskreis ins Leben gerufen, der sich aus folgenden Mitgliedern zusammensetzt:

- Herr Kreuzer, Sg. 100 (Organisation)
- Frau Groß, Sg. 100 (Organisation)
- Herr Köhler, Sg. 410 (Hochbau, Betriebstechnik)
- Frau Niegl, Sg. 420 (Städtebau)
- Herr Dr. Baumann, Sg. 840 (Technischer Umweltschutz)
- Herr Fries-Hanauer, Personalrat
- Herr Winklmann, Staatl. Hochbauamt.

Dem Arbeitskreis gehören somit Mitarbeiter aus den für die Organisation und den inneren Dienstbetrieb zuständigen Sachgebieten an ebenso wie Sachverständige auf den Gebieten Technischer Umweltschutz, Hochbau und Betriebstechnik. In ihm sind damit vor allem Mitarbeiter vertreten, die für die Bereiche mit zentraler Umweltrelevanz verantwortlich sind, wie z. B. Beschaffung, Energie, Wasser, Abwasser und Abfall. Über den Vorsitzenden des Personalrats ist auch die Interessenvertretung der Mitarbeiter jederzeit aktiv eingebunden.

Der Arbeitskreis verbleibt fester Bestandteil des Umweltmanagements. Er trifft sich regelmäßig, um die Umsetzung des Umweltprogramms zu überprüfen und im Sinne der EG-Öko-Audit-Verordnung fortzuschreiben.

6.2 Die Einbindung der Beschäftigten

Die Hauszeitschrift der Regierung „Neues aus dem Hause“ informierte die Bediensteten im August 2001 über die Absicht,

eine Umweltprüfung in Anlehnung an die EG-Öko-Audit-Verordnung durchzuführen. In einer Fragebogenaktion erhielten sie Gelegenheit, diesen Prozess aktiv mitzugestalten, indem sie ihre Vorschläge zur Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes unterbreiteten.



Regierungspräsident Dr. Weidinger bei der Verlosung der Preise für die Teilnehmer der Fragebogenaktion „Ökologische Verbesserungen in unserem Hause“

Sowohl während der Umweltprüfung als auch nach Ausgabe der Umwelterklärung wurden und werden die Mitarbeiter über die Hauszeitschrift und über das Intranet regelmäßig über den Stand des Umweltmanagements informiert. Gesonderte Informationsveranstaltungen und Aktionen zu spezifischen Themen, wie z. B. sparsamer Umgang mit Energie, sollen folgen.

6.3 Die Verantwortungsstruktur

Die oberste Verantwortung für das Umweltmanagementsystem liegt beim Regierungspräsidenten. Er entscheidet abschließend über die Umweltleitlinien und das Umweltprogramm. Federführend zuständig für die Umsetzung des Umweltmanagementsystems ist das Sachgebiet

100 „Organisation“. Dieses wird kontinuierlich vom Arbeitskreis Öko-Audit unterstützt. Wichtige Entscheidungen sind dem Präsidium vorbehalten, im übrigen werden die Belange des Umweltschutzes eigenverantwortlich von den jeweils zuständigen Mitarbeitern im Rahmen der zugewiesenen Aufgaben wahrgenommen.



Das Logo des „AK Öko-Audit“

7 Umweltprogramm

Zur kontinuierlichen Verbesserung des Umweltschutzes setzen wir uns folgende Ziele und wollen wir folgende Maßnahmen umsetzen:

Ziele	Maßnahmen	Termine
Verbesserung der Daten-Grundlage	Gezielte, strukturierte Erfassung von Stoffein- und -ausgängen	kontinuierlich
Verbesserung der Abfalltrennung	Aufstellung von Wertstoffbehältern	ab 2002
Verringerung der Abfallmenge um 10 %	Verbesserung der Abfalltrennung, Schulung der Mitarbeiter, Recyclingbörse	2005
Reduzierung verkehrsbedingter Emissionen	Bessere Koordination von Dienst-Reisen, Anschaffung von Diesel-Pkw für RME-Betrieb mit Rußfilter, Vermehrte Bewilligung von Heim-Arbeitsplätzen zur Reduzierung des Pendlerverkehrs, Anschaffung eines Fahrrades für kurze Dienstfahrten, Optimierung des Fahrverhaltens	2002-2003

Ziele	Maßnahmen	Termine
Reduzierung des Energieverbrauchs um 5 %	Vermeidung von Stand-By-Verlusten bei DV-Anlagen, Absenkung der Temperaturen in den Fluren, Einbau neuer, besser regelnder Thermostatventile Verbesserung des baulichen Wärmeschutzes	2005
Reduzierung der Emissionen aus der Gebäudeheizung	Ersatz eines bestehenden Ölkessels durch einen gasbefeueten Kessel	2003
Reduzierung des Trink-Wasserverbrauchs	Regenwassernutzung (Toiletten, Autowäsche)	2005
Vermehrter Einsatz umweltfreundlicher Produkte	Ersatz von weißem (gebleichtem) Recyclingpapier durch graues; Aufnahme von "Öko-Siegeln" (z. B. Blauer Engel) als Anforderung in Ausschreibungen	ab 2002
Reduzierung des Papierverbrauchs um 10 %	Auf papierlosen Schriftverkehr und doppelseitiges Drucken / Kopieren hinwirken	2005
Information der Beschäftigten	Schulungen, Regelmäßige Informationen über Hauszeitschrift und Intranet	2002-2005
Information der Öffentlichkeit	Einstellung der Umwelterklärung in die Homepage	

8 Impressum

Herausgeber: Regierung der Oberpfalz, Februar 2003

Emmeramsplatz 8, 93047 Regensburg (Postfachadresse: 93039 Regensburg)

e-mail: poststelle@reg-opf.bayern.de

Internet: <http://www.regierung.oberpfalz.bayern.de>